Ä-K13-540 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Lars Gindele
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 13 einfügen:
Wir machen möglich, dass sich Bürger*innen leichter an der Entstehung unserer Gesetze beteiligen können. Dazu wollen wir ein Beteiligungsportal entwickeln, das über kommende Gesetze informiert und die Gesetzesentwürfe öffentlich kommentiert werden können. Wir wollen Beteiligungsformate wie Bürger*innenräte und -dialoge einführen, zu denen Menschen per Losverfahren eingeladen werden. Kommunale Bürger*innenbegehren wollen wir auch für Bebauungs- und Flächennutzungspläne ermöglichen. Die Grundlage für mehr direkte Beteiligung schafft die von uns mit entwickelte neue Beteiligungsstrategie der Landesregierung.

Zur Aufwertung der Jugendarbeit und der beratenden Mitwirkung von Jugendlichen in den Gemeinden wollen wir Jugendgemeinderäte in der Kommunalverfassung verankern. Diese soll die kontinuierliche Interessenvertretung der Jugendlichen gegenüber der kommunalen Politik wahrnehmen können. In Sitzungen der kommunalen Ausschüsse und Parlamente sollen sie ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht erhalten.
Als gelungenes Vorbild mit langjähriger Bewährung in der Praxis kann die Gemeindeordnung des Landes Baden-Würtemberg dienen.